

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Tageblatt und Anzeiger).

Dienstagschrift: Tageblatt Riesa.
Dienstag Nr. 20.

Postleitzahl: Leipzig 2120.
Strasse Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gräfenhain.

Nr. 28.

Mittwoch, 4. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorabzahlung, monatlich 2.— Mark ohne Postgebühr, bei Abholung am Postfachhalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewöhnung für das Erstellen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Preis** für das 48 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Polizei (7 Silben) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; zeitauflösender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweitung- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. **Bewilligter Rabatt** erhältlich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Aufstellungsort**: Riesa. **Wirtschaftliche Unterhaltungsbefreiung**: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Dresdner und der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Postleitzahl** und **Verlag**: Panzer & Winterfeld, Riesa. **Marktführer**: Marktstraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: Arthur Höhnel. **Riesa**: für **Umsatzsteuer**: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Abladen von Schutt und Asche in die an der Straße am Waidhof gelegene Niedgrube wird hiermit ausdrücklich verboten. Übertretungen werden unanständlich mit einer Geldstrafe bis zu 75 Mark bestraft.

Ort: Riesa (Elbe), am 8. Februar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße 17 vtr., Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: 2 Wölkner, 3 Möbelsticker, 2 Medanizer, 1 Stellmacher, 2–3 Metallarbeiter, 1 Werkzeugarbeiter, 2 Armaturenschlosser, 1–2 gute Klempner, 1 Friseur, 2 Weißländer, 1 Maler auch für Glaserarbeiten, 2 Handlungsschaffner für Kurzwaren, 2 Arbeitsbüroleiter unter 16 Jahren, 1 Fleischerei, 1 Haus-, Dienst- und Küchenmädchen für Dienst- und Geschäft u. Restaurant, Auswartemädchen, landw. Dienstjungen u. Werbedienstleute bis 18 Jahren.

landw. Dienstmädchen bis zu 20 Jahren, landw. Ostermädchen, 2 Wölknerlehrerlinge, 1 Stellmacherlehrerlinge.

Aufforderung.

Für etwa noch auftretende Forderungen an das frühere Proviantamt Riesa für die Zeit vom 1. 4. 19 bis 30. 9. 19 sind Rechnungen bis 15. Februar 1920 einzureichen.

Für später eingehende Rechnungen wird Bohning nicht geleistet.

Nationalversammlung Riesa (früher Proviantamt).

Hafer, Heu und Stroh

faust zu Tagespreisen und erbittet Angebote und Anfragen.

Nationalversammlung Riesa.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. Februar 1920.

1. **Nichtamtlicher Bericht** über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgenommene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Das Kollegium war vollständig anwesend. Als Vertreter des Rates wohnten Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Scherffig an. Der Sitzungsraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorleser Römerberg.

1. **Bewilligung** von Mitteln für die Stadtgärtnerei. (Berichterstatter Herr Stadtrat Römerberg.) Das Hochwasser hat im Stadtgebiet und in der Elbe- und Gemeindeanlage der Stadtgärtnerei an der Halma größeren Schaden angerichtet. Der Ausfall für gärtnerische Anlagen hat beträchtlich, die Schäden an den Wegen im Stadtgebiet ausgetragen und die fortgeschrittenen Baumstämme an der Gartenanlage durch neue erneut zu lassen. Die neuen Baumfelder sollen so eingerichtet werden, dass sie bei Hochwasser ausgehangen werden können. Außerdem hat der Ausfall die Belebung von 20 Städten überdeckt und vier Stück Garten dämmen beschlossen. Die Kosten belaufen sich für die 3. Überschwemmung auf 1700 Mark und für die Gartenanlage auf 2000 Mark. Der Rat ist den Ausfallbeschlüssen beigetreten. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Herrn Stadtrats Gaumny bewilligte Herr Bürgermeister Dr. Scheider, dass die Stadt die städtischen Anlagen nicht ohne Not in festem Zustand wieder herstellen lässt, sondern bestrebt sei, sie wieder in den früheren Zustand zu bringen. Ob dies möglich sein werde, hängt davon ab, wie die Finanzen sich gestalten. Die Gartenanlage an der Halma habe sich bewährt und nach beobachtet gemacht. Der Verlauf des Gemeindes habe keine Schwierigkeiten gemacht. Herr Stadtrat Scherffig bemerkte, dass die Anlage aus dem Jahre 1918 5770 Mark und im Jahre 1919 5142 Mark Einnahmen erzielt habe. Die Einwohner hätten von dem Gemeindeverlust sehr oft Bedraug gemacht und die Preise hätten sich immer etwas unter den üblichen bewegt. Im Haushaltplan 1919 sei die Anlage mit 16.643 Mark Ausgaben eingestellt gewesen. Die Einnahmen belaufen sich auf 16.682,50 Mark, jedoch noch ein leichter Überschuss zu verzeichnen sei. Der Vorlage wurde hierauf einstimmig beigetreten.

2. **Ermittlung des Haushaltsschlusses Nr. 940.** (Berichterstatter Herr Stadtrat Louis Schneider.) Um Gartenland für die Wohnungsiedlung der Kaiserne 1/68 zu gewinnen hat der Bauausschuss beschlossen, dass Herr Baumeister Röder gebraucht 2000 Quadratmeter große Flurstück 910, das an der Südseite der Kaiserne gelegen ist, zum Preise von 8 Mark pro Quadratmeter zu erwerben. Der Rat ist dem Beschluss beigetreten und das Kollegium beschloss in gleichem Sinne.

3. **Belebung von Betriebskapital für die Rittergutsökonomie.** (Berichterstatter Herr Vorleser Römerberg.) Finanzausschuss und Rat haben beschlossen, zur Belebung von Betriebskapital für die Rittergutsökonomie bei der demnächst aufzunehmenden Anleihe einen Betrag von 200.000 Mark mit vorzubuchen. Wenn die Belebung aus Anteilemitteln nicht genehmigt wird, sollen der Rittergutsökonomie Mittel aus städtischen Rücklagenfonds vorbehaltweise überlassen werden. Das Kollegium stimmte der Vorlage zu.

4. Den beiden hier im Ruhestande lebenden Beamten sollen nach einem Beschluss des Finanzausschusses und Rates die Rentenabteilung von 800 Pf. auf 300 Pf. erhöht werden. Das Kollegium trat diesem Beschluss bei.

5. **Teuerungszulagen.** (Berichterstatter Herr Stadtrat Bötzow.) a) Zwischen dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist ein neuer Sozialtarif vereinbart worden. Der Finanzausschuss hat beschlossen, auf die durch den neuen Tarif eintretende 40%ige Lohn erhöhung der städtischen Arbeiter bei der Festsetzung des Steuerbetrags auf das 1. Quartal 1920 Rücksicht zu nehmen. Das Kollegium nahm von diesem Beschluss des Finanzausschusses Kenntnis. Der Finanzausschuss hat weiter beschlossen: Nach dem Vorgange des Reiches wie des Staates werden vom 1. Januar 1920 ab die laufenden Teuerungszulagen der Ratsmitglieder, städtischen Beamten, Angestellten usw. sowie der Kaufleute und Händler und Unternehmern von jenseits um 150 Prozent beginnend, nach den Grundröhren des Staates erhöht; die gleichen Grundröhren finden auf die gesamte Lehrreichstätte an den Volkschulen und der Oberrealschule Anwendung. Dieser Ausfallbeschluß wurde vom Kollegium angenommen, abgelehnt wurde dagegen folgender Beschluss des Finanzausschusses: „Bei allen hier nach ab 1. Januar 1920 in den Genuss erhöhter laufender Teuerungszulagen gelangenden Beamten, Angestellten und Lehrern fällt vom gleichen Zeitpunkt an die besondere Ausgleichszulage von monatlich 100 Pf. weg.“ Anstelle die-

ses abgesetzten Ausfallbeschusses wurde folgender Antrag Hofmann einstimmig angenommen: „Die bisherige besondere Ausgleichszulage bleibt am 1. Januar 1920 bis zum Eintritt der nächsten Gehaltsergänzung für alle Beamten, Angestellten und Lehrer bestehen.“ Durch die Annahme dieses Antrages erhöht sich der Aufwand für das 1. Quartaljahr 1920 um über 40.000 Pf.

b) Der Finanzausschuss empfiehlt den städtischen Kollegien, nach den vom Stadtämter entworfenen Voranschlägen und nach den aufgestellten Berechnungen 1. den Jahressteuerbeträg vom 1. Januar 1920 auf auf 2041.100 Pf. mitin auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 auf 510.275 Pf. und 2. den zur Deckung des Bevölkerungsbetrags auf 165.000 Pf. festzustellen. Das Kollegium stimmt die ein Ausfallbeschluß zu mit der Steuererhöhung, dass der Steuerbeträg um die Summe erhöht wird, die durch die Annahme des Antrages Hofmann erforderlich wird.

c) Der Finanzausschuss hat ferner beschlossen: Im Hinblick auf § 34 des Gemeindesteuergesetzes und § 1 des Polizeigesetzes wird er den Gemeinde zur Abänderung der Gemeinde-, Eltern- und Schulsteuer- und -eigentumssteuer von 11. 7. 1913, wonach der von den 1919: Enormensteuererhöhung zu erreichende Ausfall in allen Klassen des Steuerarten, insbesondere kein soll, eine Beteiligung von diesen Bestimmungen nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 23. Dezember 1919 aber nur dann erwartet werden kann, wenn ein vollständig neue Steuerart aufgestellt wird, vermag der Finanzausschuss den städtischen Kollegien nicht zu empfehlen, die Bruttobeträge bei zu erreichenden 1919er Steuern beträgen bei den Steuerpflichtigen unter 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen niedriger zu bemessen, als bei den Steuerpflichtigen mit über 1500 Pf. Einkommen, er empfiehlt vielmehr, beslatisches der gleichen im 1. Quartal 1920 zu erreichenden Einkommensteuererhöhung alle Beitragspflichtigen mit nicht mehr als 1100 Pf. Einkommen steuerfrei zu lassen. Da inzwischen weitere Wohn- und Gewerbeerböhrungen eingingen und glaubt er mit seinem Vorschlag die Wünsche des Stadtvorstandesfolgen will, dass der Ausfall zu erhöhen ist, so soll die Steuererhöhung die Steuerpflichtigen mit über 1

Bürokrat in Großenhain anschließen. Der Rat hat nach Gehör des Beirats des Ortsamtes beschlossen, der Ausregung des Kreisamtes nicht stattzugeben. Da aber die Arbeiten des Ortsamtes einen solchen Umfang angenommen haben, dass sie von den Beamten nicht mehr mit bewältigt werden können, soll die Stelle eines Ortsregisterkonsistorialen Richter besetzt werden. Das Kollegium stimmt dem Beschluss zu.

11. Mitteilungen. Der Rat teilt mit, dass die Ausregung des Kollegiums, dem Bibliotheksauflauf eine andere Zusammenstellung zu geben und den Finanzanschluss fürständig zu erweitern, bis zur Restauration des Ortsamtes zurückgestellt werden sei. — Herr Wirtschaftsregisterkonsistorialer Richter hat die Wahl in den Endkandidaten aus beruflichen Gründen abgesetzt. — Der Vorsteher brachte sodann eine von der Abteilung der Frauen der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Niederau, zur Wohnungsaufgabe gestellte Resolution zur Verleistung. Das Kollegium nahm, nachdem noch Frau Stadtverordnete Schlimper die Gefahren der Wohnungsaufgabe in gesundheitlicher und sitzlicher Hinsicht aufschlüsselt hatte, von der Entschließungsresolution. Herr Stadtverordnete Reyer forderte Herrn Stadtverordneten Schlimper auf, aus den Alten festzustellen, dass der ihm von Herrn Schönfuss gemachte Vorwurf, dass er sich gegen den Umbau der Kaserne 1/85 gewendet habe, nicht richtig sei. Herr Stadtverordnete Schönfuss verlief hierauf die in den Sitzungen vom 12. August und 30. September geschafften Beschlüsse und bewirkte, dass die Punkte bald sofort bauen wollen. Mit dem Erstellen der Wohnungen in den Gebäuden an der Möllerstraße sei nichts getan gewesen. Den Vorwurf, dass Herr Reyer sich gegen den Umbau gewendet habe, habe er nicht erhoben. Herr Stadtverordnete Reyer stellte fest, dass das, was Herr Schönfuss diesmal ausgeführt habe, das gerade Gegenteil von dem sei, was immer über ihn (Reyer) gesagt und in der "Vollzeitung" geschrieben werde. — Herr Stadtverordnete Hofmann warnt daran, dass Schulindustrie in den Bauen oft darunter nachstehen, die Lebensmittelkarten holen zu dürfen. Vielleicht könne die Ausgabe der Karten in der Zeit von vorm. 9 Uhr bis mittag 1 Uhr erfolgen, damit die Schulindustrie die Karten nach Schulschluss noch holen könnten.

* * *

12. Manhaufall. Am der vergangenen Nacht ist Herr Warmer Wittig aus Waasen von Straßenräubern bestohlen worden. Herr W. von Leipzig kommt, begibt sich vom Bahnhof Nienburg durch die Kreisstraße, am Feldschlösschen vorbei, auf den Radhauserweg. Es gesellten sich zwei 18-jährige Bürschens zu ihm. Diese haben Herrn W. in der Nähe der Radhauser Straße die Westertasche aus der Hand geschlagen und gestohlen, worauf sie mit ihrem Raub flüchteten. Von der höchsten Polizei sind die Burschen aber noch im Laufe der Nacht ermittelt und festgenommen worden. Es sind zwei Arbeiter vom Eisenwerk mit Namen B. und T.

13. Technische Not hilfe Niesa. Man schreibt uns: Von neuen schweren Arbeitskrisen im Zusammenhang mit der plötzlichen hereingebrochenen Erneuerungswelle steht heute unter schweregeprästes Vaterland. Unteramtsschreiber Rüttel und auch diesmal wieder, die günstige Gelegenheit zu nutzen, um die erregten Massen zu unbefangenem und die Allgemeinheit schwer schädigenden Handlungen fortzutreiben, damit sie selbst im Zeichen ihres können. Für jeden Volksgenossen gilt es daher, klaren Kopf und die unter Brüder eines Volkes gebotene Rücknahme gegen die unbetätigten Allgemeinheit zu bewahren. Sollte es trotzdem zur Verleugnung dieser selbstverständlichen Pflicht gegenüber der Allgemeinheit — z. B. durch Nichtausführung von Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben — kommen, so kann jeder mitmachen, die Allgemeinheit und Gesamtirtschaft vor schweren Schädigungen zu bewahren, indem er der zu diesem Zweck geplanten technischen Not hilfe beitritt, die dann die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreift. Melde stelle der Ortsgruppe Niesa: Stadt, Gaswerk (4 bis 5 Uhr nachmittags).

14. Ein Wurst und. Am 3. des Monats sind beim Entfernen der Abortkübel aus dem kleinen Bahnhof acht Fleischwürste im Gewicht von ca. 10 Pfund vorgefunden worden. Die Wurst, die den Umständen nach erst am gestrigen Tage in die Abortanlage geworfen worden war, dürfte von einem Dienstboten herstammen. Sachdienstliches wolle man der höchsten Polizei melden.

15. Die Volkszeitunde. Während man in Berlin bestimmt mit einer Ausdehnung der Volkszeitunde auf 1 Uhr nachts rechnet, ist in sächsischen Regierungskreisen von einer solchen Politik der Reichsregierung nichts bekannt. Ganz im Gegenteil liegt, wie verlautet, der Reichsregierung ein Entwurf vor, wonach die Polizeizustände auch auf einen früheren Zeitpunkt als 10 Uhr abends festgesetzt werden kann.

16. Taxisvertrag für Hausangesteller. Aus Dresden wird gemeldet: Die Fahrturkartenhandlungen zwischen den Haushalten- und Hausangestellten-Organisationen sind sowohl gediehen, dass mit einem Abschluss für die nächsten Tage zu rechnen ist. Die wesentlichen Bestimmungen des Tarifs sehen eine grundsätzliche Arbeitsbereitschaft von zw. 6 Uhr bis abends 8 Uhr vor. Eine Tätigkeit nach 9 Uhr abends muss Überstundenabrechnung erhalten. Ein Ausgang soll geworden, ein freier Nachmittag und Abend an jedem zweiten Sonntag und allwochentlich ein freier Nachmittag von 4 Uhr ab mit ausköhlendem freiem Abend, letzter ein weiterer freier Abend in der Woche. Nach einjähriger Probefährt haben Hausangestellte Anspruch auf eine Woche Urlaub. Die Monatsgehaltsfrage sind folgendermaßen vereinbart: Für lernende Hausangestellte 20.— bis 30.— Mark und Teuerungszulage von 5—10 Mark, für gelehrte Hausangestellte 40.— bis 60.— Mark und 10.— Mark Teuerungszulage, für versetzte Köchinnen 70.— bis 90.— Mark und 10.— Mark Teuerungszulage.

17. Zum Stadtamt wird uns mitgeteilt, dass nach Antrag der Generalzolldirektion Dresden in dem Bericht über den das Umlaufsteuerrecht betreffenden am 26. Jan. 1920 im Bettiner Hof gehaltenen Vertrag einige Drittmänner enthalten sind. Es wird daher den beteiligten Kreisen empfohlen, bei schwierigen Fragen der Umlaufsteuerung zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten die zuständigen Steuerstellen zu fragen.

18. Sachsen's Vertretung im Reichswirtschaftsrat. Für die Verhandlungen im Reichsrat über die Organisation und Zusammensetzung des endgültigen Reichswirtschaftsrates sind dem sächsischen Vertreter Institutionen angehört im folgenden Sinne erteilt worden: Sachsen verlangt volle Partizipat bei der Zusammensetzung, nämlich zu gleichen Teilen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, volle Gleichstellung von Industrie und Landwirtschaft und gesetzliche Festlegung dieser Grundlage. Endlich fordert Sachsen, dass die Vertreter der Landwirtschaft durch den Reichsausschuss für die Landwirtschaft gewählt werden sollen, während Preußen dazu neigt, die Wahlen durch die Landwirtschaftsminister vornehmen zu lassen.

19. Landarbeiterwohnungen sind nicht Mietwohnungen im Sinne des Mietrechtes. Der Verband ländlicher Landarbeiter hat sich in der Frage der sogenannten Arbeitnehmerwohnungen an die Ministerien der Justiz und des Innern gewendet, um eine autoritative Entscheidung darüber zu erhalten, an welche Stellen sich der Arbeitgeber zu wenden habe, wenn insbesondere bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses der Arbeiter sich weigert, die ihm überlassene Arbeitnehmerwohnung zu räumen. Bekanntlich berichtet darüber der Staat, ob die Gerichte oder die Mieteringungsämter anzugeben seien, letzter, ob die Räumungsurteile vollstreckt werden können oder ob sich

der Arbeitgeber darauf verzweilen lassen müsse, dass die Arbeiter die Wohnung infolge des Fehlens von Wohnungen weiter bewohnen dürfen. Neben diese Fragen ist jetzt klar über eine Verordnung erschienen, deren wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Wird im landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis die Wohnung an Stelle barer Vergütung gewährt, gehört sie also zum Deputat, so ist das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auch hinsichtlich der Wohnung ein Dienstverhältnis; das Wohnungsrecht existiert ab dann ohne weiteres mit dem Dienstverhältnis. Streitstellen hierüber gehörten nicht vor die Mieteringungsämter, sondern vor die Gerichte, denn der Artikel 18 der Verordnung vom 23. 9. 18 ist nur auf das Dienstverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auch hinsichtlich der Wohnung ein Dienstverhältnis; das Wohnungsrecht existiert ab dann ohne weiteres mit dem Dienstverhältnis. Streitstellen hierüber gehörten nicht vor die Gerichte, denn der Artikel 18 der Verordnung vom 23. 9. 18 ist nur auf das Dienstverhältnis anwendbar. Es haben daher nur die Gerichte zu entscheiden und auch sie haben nicht die Grundlage über die Miete, sondern nur den Dienstvertrag anzunehmen. Wird dabei auf Räumung verzerrt, so hat das Gericht allerdings dem Schuldner auf Antrag eine gemeinsame Frist zur Räumung nachzuholen; außerdem wird auch in den Fällen, wo eine Wohnung infolge vorzeitiger Räumung des Dienstvertrags zu räumen ist, die Vorstehst in § 17 der vorläufigen Landarbeitsverordnung vom 24. 1. 19 Platz zu greifen haben, wonach die Arbeiter mit eigenem Haushalt die ihnen überlassene Wohnung noch eine bestimmte Zeit über das Vertragende hin aus benutzen dürfen.

* * * * * **Vom Landespreisamt.** Das Landespreisamt berichtet über seine Tätigkeit in der Zeit vom 5. bis 17. Januar wie folgt: Die Viehrevisionen wurden fortgesetzt und hatten, da wieder viel Vieh verdeckt wurde, zur Folge, dass 13 Kinder, 6 Stück Jungvieh, 9 Lämmer, 36 Schweine, 2 Lämmer, 23 Kerle, 5 Schafe und 7 Hirsche beschlagnahmt wurden. Aus Schwärzlichachtungen stammend, vertiesen der Beschlagnahme 1 Schwein, 4½ Kilogramm Speck, 24½ Kilogramm Schweineleber und 28 Grützwürste. 24½ Kilogramm Weizen und Roggen, der als Gegenwert für zu liefernde Roben vertrieben werden sollte, verteilte gleichfalls der Beschlagnahme. Begegnungszahlensammlung kam ein Mühlenthaler zur Anzeige, die ohne Nachweis in der Mühle ermittelten Vorrate an 112½ Kilogramm Getreide, 1480 Kilogramm Mehl, 82½ Kilogramm Kleie und Schrot wurden beschlagnahmt. Besonders zahlreich waren in letzter Zeit die Anzeigen wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln, besonders zuletzt waren in letzter Zeit die Anzeigen wegen unerlaubten Handels auf Schrotmühlen. Ohne Ausnahme erfolgt wegen dieser Vergehen Anzeige bei dem Zollamt. Wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln kamen zur Beschlagnahme 550 Kilogramm Schokolade und wegen Reitendanbels 57 Stück Herrenhemden. Ferner wurden in mehreren Fällen wegen Schrot der Großhandelsraubnis beschlagnahmt 100.000 Stück Zigaretten, 499.000 Stück Schmierer Stumpen und 570 Meter Samt. An der sächsisch-böhmischem Grenze wurde ein Schuhmacher mit Tschirnwaren verhaftet. Ein Schuhmacher, der keine zu Wachterkreisen verlässt, w. d. die Anzeige gebracht. Die bei ihm noch vorgefundene 77 Tonnen & 550 Stück, heringe versteilen der Beschlagnahme. Aus der Fülle sonstiger Gütergaben sei noch erwähnt Handel mit Praktiken, Schuhgasse ohne Marke, Nahrungsmittelei, die vorzeitig abgeladen werden, sowie die Ausbeute noch erwähnt mit einer Schuhmacherin, die bei einer anderen Firma noch zur Beschlagnahme: 1 Schuh, 15½ Stück Butter, 177 Kilogramm Margarine, 717 Kilogramm Mehl, 27 Liter Rum und 200 Kilogramm Schokolade.

* * * * * **Zumnahme der Braunkohlenförderung im Ritterauer Grubenbezirk.** Eine erste Musterung auf dem jetzt zu frühen Gebiet der Kohlenförderung wurde im Bezirksteamsitz Ritterau gemacht. Allmähliche Erfahrungen haben ergeben, dass trotz des Achtstundentages eine Zunahme der Förderung zu verzeichnen ist. Es sind gefordert worden auf allen Gruben des Bezirks: im Jahre 1917 722.000 Tonnen Braunkohlen, im Jahre 1918 860.000 Tonnen Braunkohlen, davon auf dem staatlichen Hirschfelder Werke: 1917 588 Tonnen, 1918 590 Tonnen, 1919 719 Tonnen. In einem ähnlichen Verhältnis stehen die Förderzahlen bei der Grube "Glückauf" in Oberdörrsdorf und den kleineren Werken. Richtig haben die Arbeiter an Jahr zugemessen. Im September 1917 gab es im Bezirk 523 Bergarbeiter, im gleichen Monat 1918 1106, im September 1919 1228. Dabei ist zu bemerken, dass in den ersten beiden Jahren viele Kriegsgefangene enthalten sind. Es sind im Durchschnitt von einem Bergarbeiter beim Hirschfelder Werke gefordert worden: im Jahre 1917 84 Tonnen, 1918 47 Tonnen, 1919 47,70 Tonnen, bei der Grube "Glückauf" in Oberdörrsdorf, 1917 45 Tonnen, 1918 40 Tonnen, 1919 47 Tonnen. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den übrigen Gruben. Im Jahre 1918 ist offenbar infolge der traurigen Errichtungsphase ein Rückgang der Förderung eingetreten, der aber wieder ausgeglichen worden ist. Trotz der guten Förderzahlen wird man sich noch damit zu beschäftigen haben, die Ausbeute noch mehr zu erhöhen. Leider wird das gegenwärtig in Hirschfeld und den Werken in Reichenau, die beide erloschen sind, nicht möglich sein. Beobachtenswert ist in den statistischen Feststellungen ferner, dass die Tiefeinschläge im Verhältnis mehr gefordert haben als die Tagebaue.

* * * * * **Borsig bei dem Erwerb getragener Kleider.** Infolge des Mangels an Kleidstoffen aller Art und der Preissteigerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wechselt viele gebrauchte Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Kleider, Wäsche, Bettwäsche, Möbel, Spielsachen usw., bei Todessäulen oder anderen Gelegenheiten viel häufiger den Besitzer als früher. Seit dem Kriege hat aber die Ausübung der anfallenden Kaufleute besonders der Tübingen, und der das Kleiderdorf übertragenden Kleiderländer erheblich zugenommen, jedoch ganz besonders vorzüglich bei der Wiederbenutzung solcher gebrauchter Kleidungsstücke und besonders der im Altwarenhandel erworbenen dringend gebotene ist. Es ist daher unbedingt erforderlich, gebrauchte Kleider, Wäsche, Bettwäsche usw. erk nach gründlicher Reinigung, die am besten in einer öffentlichen Desinfektionsanstalt erfolgt, wieder in Gebrauch zu nehmen.

* * * * * **Kamische für Verfehlungen gegen die Nationierungsvorrichten.** Der Volkskammer ist eine Gesetzesvorlage über eine Amnestie für Verfehlungen gegen die Nationierungsvorrichten angegangen, nach der die Amnestie sich nur auf Geldstrafen bis zu 150 Mk. erstreckt. In dem Entwurf heißt es: "Soweit von sächsischen Behörden wegen Verfehlungen gegen solche Weise und Verordnungen, durch welche der Verkehr mit Gegenständen des illegalen Bedarfs geregelt wird, als Hauptstrafe ausschließlich Geldstrafen bis zum Betrage von höchstens 150 Mk. festgesetzt sind, werden die noch einschlägigen Geldstrafen und neben ihnen die noch einschlägigen Kosten erlassen. Der Erlass tritt nur ein, wenn die Strafsetzung bis zum Tage der Verkündung dieses Gesetzes einschließlich rechtskräftig erfolgt ist oder bis zu diesem Tage erfolgt ist und binnen zwei Wochen nach der Verkündung dieses Gesetzes Rechtskräft erlangt. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Mit der Ausführung wird das Justizministerium beauftragt.

* * * * * **1½ Millionen für die Überwachungsanstalt.** Die Volkskammer hat sich schon wiederholt mit einer Regierungsvorlage zu beschäftigen gehabt, die die Kosten für die bei den Kreis- und Amtshauptmannschaften eingesetzten Überwachungsbeamten den Kommunalverbänden und Gemeinden aufzulegen will. Beigetretenen müssen sich gegen diese Maßnahmen der Regierung mit der Begründung

dass sie nicht verantworten können, die Kosten für ein Kontrollorgan zu bezahlen, das sie nicht selbst eingesetzt haben. Am übrigen haben die Gemeinden zum Ausdruck gebracht, dass ihre Gewalt in so schlechtem Zustand befindet, dass sie nur noch für die allerdringlichsten Aufgaben Mittel zur Verfügung haben. Wie sehr von gutunterrichteter Stelle mitgeteilt wird, werden die Kosten für die Überwachungsausfälle von der Regierung pro Jahr auf 1½ Millionen Mark veranschlagt, worauf hervorgeht, dass die Befreiung der Gemeinden, der von ihnen anfallende Anteil zu den Kosten der Überwachungsausfälle, sehr wesentlich sein, durchaus unbegründet war.

* * * * * **Die neuen Eisenbahntarifpläne.** Dieser Tag ging eine Neuerung des würtembergischen Tarifvertragsministers durch die Presse, in der dieser erklärt haben soll, dass das Zweck-Klassenystem für die Personalförderung auf den Eisenbahnen auf dem Marsch sei und dass es dann nur noch eine Klasse mit Polsterstühlen und eine solche mit Holzstühlen geben werde. Wie dazu von auständiger Stelle mitgeteilt wird, kann davon, dass das Zweck-Klassenystem auf dem Marsch sei, gar keine Rede sein. Die Frage ist noch nicht über das Stadium der allerersten Erörterungen hinausgekommen. Der zu diesem Zwecke eingesetzte Studienausschuss ist mit den ersten Vorarbeiten für die Prüfung der Frage der Umstellung des Klassenystems noch beschäftigt und bis jetzt keine Ergebnisse oder gar Beschlüsse kommen.

* * * * * **Falkenstein.** Eine 38 Jahre alte Bahnwärterin, geboren aus Rottengrün wurde am Donnerstag auf dem Wege nach Oberhennersdorf an einer Waldecke von einem jungen Burgherren angegriffen, mit dem Revolver bedroht und unter dem Bluse: "Geld her, oder ich schieße!" ihres Handtaschen in dem sie etwa 100 Mark Geld befand, verantw. Der Verdächtige ist noch nicht festgestellt.

* * * * * **Leipzig.** 10.500 Aussteller sind bis jetzt zur vorliegenden Fleischausmiete in Leipzig angemeldet und möglichst geben weitere Anmeldungen für die allgemeine Fleischmiete und technische Miete ein, sodass mit einer Gesamtbelieferung von 12.000 Ausstellern gegen 9500 zur letzten Fleischmiete gerechnet werden kann. Dank der großzügigen Fleischpolitik Leipzigs, dass die technische Miete aus der allgemeinen Fleischmiete ausgeschlossen und eine Reihe neuer Fleischausstellungsräume geschaffen hat, können trotz der starken Beteiligung auch die neu hinzutretenden Aussteller noch ohne Schwierigkeiten untergebracht werden. Die allgemeine Fleischmiete beginnt am 29. Februar, die technische Miete am 6. März.

* * * * * **Leipzig.** Am Montag wurden durch Passanten auf einer Wiese zwischen Quenstedt und Döbbern bei Markranstädt die Leichen zweier junger Männer mit durchbohrten Kopfverletzungen aufgefunden. Durch die sofortigen Erkundungen der zuständigen Polizeibehörden wurden in den beiden Gewerbezonen der erft seit sechs Wochen verheiraten, 27 Jahre alte Schneider Abraham Seid und dessen 20 Jahre alter Schwager, der Uhrmachersmeister Moritz Prezien, genannt Segal, beide in Leipzig, Städter Steinweg Nr. 38 wohnhaft, ermordet. Die Mordopfer sind am Sonntag Nachmittag halb nach Markranstädt gefahren, dort beim Kartenspiel mit einigen polnischen Arbeitern zusammengetroffen, von diesen auf eine abgelinegte Wiese gelockt und dadurch meuchlings überfallen und vermutlich mit Beilen erschlagen worden. Von der Markranstädtler Polizei ist ermittelt worden, dass als Hauptverdächtiger Andreas Romak, geboren 19. März 1898 in Steppen, Kreis Bielitz, in Polen, bisher in Markranstädt wohnhaft, in Frage kommt. Die Mordopfer haben ungefähr 15.000 Mark erbeutet. — Ein neunjähriger Knabe hatte sich in Markranstädt an einen Wagen angelehnt und lief, als er loslief, direkt in einen Straßenbahnwagen hinein, der ihn zerriss. Die zerstörte Leiche konnte nur mit Hilfe der Feuerwehr geborgen werden.

Die sächsischen Staatsbahnen.

Die Übergabe der sächsischen Staatsbahnen an das Reich bedeutet für den sächsischen Staat einen Vermögensverlust von fast zwei Milliarden Mark. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, in welcher Weise Sachsen dafür vom Reich entschädigt wird. Sie werden in zwangsläufige Folge in einer Artstreit die Geschicke des sächsischen Eisenbahnen, den Übergang zum reinen Staatsbahnbetrieb, den gegenwärtigen Stand der sächsischen Staatsbahnen, bahnen und Rückblick auf die sächsischen Eisenbahnpolitik bringen.

* * * * * **Mit dem 1. April 1920 verliert Sachsen die Hobel über sein Verkehrsweiter und damit ist das Schlusskapitel in der Geschichte des sächsischen Staatsbahnbetriebs geschrieben. Auch hier fehlt der berühmte und nahezu unvermeidliche "Vorgang" nicht. Gemeint ist der Übergang der Königlich Sächsischen Post in die Verwaltung des Norddeutschen Bundes am 1. Januar 1888. Die "Vereinfachung" der Sächsischen Staatsbahnen hat aber noch eine ganz andere Bedeutung, als die des Post- und Telegraphenwesens. Der sächsische Staat verliert damit einen Wert von fast zwei Milliarden Mark, die Staats- und Volkswirtschaft Sachsen geht eines gewaltigen Faktors verlustig und der Schwerpunkt der sächsischen Belange auf ein äußerst lebenswichtigen Gebiet erhält eine tiefeinschneidende Verschiebung.**

Ein großer Teil des sächsischen Volkes ist sich der weittragenden und erst später zur Auswirkung kommenden Folgen dieses Schrittes zur Zeit gar nicht bewusst. Es liegt im Geiste dieser Zeit, sich vom Nebenleben und Geldbetrieb zu trennen, wir leben nun einmal in der Zeit des Neuregels und Postlebens vom Altertumswissen. Auf diesem Wege und Scheidepunkt angelangt — es ist nun nicht gezeigt, dass damit ein Höhepunkt erreicht ist — erscheint es angebracht, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der sächsischen Staatsbahnen zu werfen.

Auch die Eisenbahnen haben ihre urale Vorgeschichte und diese geht, wie nicht anders zu erwarten, auf die alten Ägypter zurück, die schon feinste Kleidungsverwendungen, Schuhwege gab es bereits vor 500 Jahren in Europa, und zwar zuerst in Deutschland, in den Gräbergewerken des Harzes. Ob auch die Freiberger Silbergruben solche Einrichtungen hatten, ist nicht bekannt. Tatsache ist jedoch, dass die erste Eisenbahn überquert in Sachsen um das Jahr 1820 auf der Freiberger "Alte Mordgrube" bei Freiberg in Form einer kurzen Förderbahn angelegt wurde. Zur selben Zeit begann der Eisenbahndenkande als allgemeines Verkehrsmittel in Europa greifbare Bedeutung anzunehmen. Von England sprang er auf das Festland über und führte auch in Deutschland Fuß. Die Welt war vom Eisenbahnbau ergriffen und wurde es nicht wieder los. Unvollkommen und kurze Industriebahnen am Rhein, im Harz und in Oberösterreich leisteten das Eisenbahnzeitalter in Deutschland ein. Diesen jaghaften Schritten folgte als kräftigerer 1837 die Pfälzische Eisenbahn Ludwigshafen—Andernach. 1838 wurde die erste Dampfseisenbahnlinie Nürnberg—Fürth eröffnet und nun gab es kein Halten mehr.

Schon 1839 hatte der Feuergeist Friedrich List in Leipzig seine auffallendste Schrift "Über ein sächsisches Eisenbahnsystem" als Grundlage eines allgemeinen Deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden erscheinen lassen und damit eine Droge von höchster Bedeutung für Sachsen gerollt. Begehrnd ist, dass aber schon zehn Jahre früher

Der Plan auftrat, einen Eisenenweg nach den Weinföhlengruben des Plauenschen Grundes anzulegen, auch in Chemnitz und Zwickau regten sich bald danach ähnliche Gedanken. Aber alle diese Pläne wachten zurückstreiten hinter dem durch Lin's Eisen die Allgemeinheit immer mehr bestreitenden Gedanken einer Eisenbahnverbindung Leipzig-Dresden. Weltbekannte Leipzig Kaufleute, allen voran Hartkort, schritten zur Tat. Im Artilleriehauptmann Kunst fanden sie den geeigneten Techniker, die Staatsregierung forderte das Unternehmen in jeder Weise und so schließlich am 24. April 1887 der erste Lokomotivzug über Leipzig-Bautzen, bis endlich am 9. April 1889 nach unschätzbaren Schwierigkeiten die Gesamtkreise Leipzig-Dresden eröffnet werden konnte.

Dieser Teufelszacken hält kein Auge mehr auf!“ hatte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gesagt. Er hat Recht behalten. Eine neue Zeit begann. Der verwirklichte Eisenbahngebundene hatte die Folgen eines bestechenden Gewitterregens. Überall sprach und blühte es. Man fuhr zwar auf der neuen Eisenbahnlinie zunächst noch auf englischen Schienen und mit englischen Lokomotiven, geführt von englischen Lokomotivführern. Aber deutsche Tatkraft machte sich bald frei von der technischen Herrschaft der Fremden. Bereits 1890 nahm die erste sächsische, in Leipzig gebaute Lokomotive „Saxonia“ den Wettbewerb mit den Engländern auf und kurz darauf begann man auch Wagen in eigenen Werkstätten herzustellen. Es lag im Wesen der damaligen Staatsaufgaben, daß man das erste große Eisenbahngeschenk nicht selbst in die Hand nahm, sondern Privaten überließ. Trotzdem beteiligte sich die Staatsregierung daran in großzügiger Weise, u. a. durch Übernahme von Aktien. Auch die Landstände griffenfördernd und unterstützend ein. In der ständischen Sessi vom 20. Juni 1890 wurde schon der Gedanke des Eisenbahnbau auf Staatskosten ins Auge gesetzt.

Bermischtes.

Vier Personen tödlich abgeschossen. Gestern abend gegen 8 Uhr starzte in der Nähe von Steinlöhnen ein mit vier Personen besetzter Juncos-Doppeldecker aus großer Höhe ab. Das Flugzeug grub sich tief in die nasse Wiese ein. Alle vier Personen waren sofort tot. Die Ursache des Absturzes ist vermutlich eine Motorenexplosion.

Telefonverbindung mit dem Mars. Aus London wird gemeldet: Wie der Erfinder Marconi der „Daily Mail“ erklärte, wird von den mächtigsten Funkstationen der Erde im Monat April der Verlust gemacht werden, mit dem Planeten Mars in Verbindung zu treten. Der Mars ist an diesem Zeitpunkt der Erde am nächsten, da dann seine Entfernung nur noch 50 Millionen Meilen beträgt. Große Hoffnung. Auf dem Gute Dementhof bei Memel brach ein Feuer, wahrscheinlich infolge Brandstiftung aus. Der größte Teil der Scheunen mit außerordentlich großem Inventar ist ein Raub der Flammen geworden. Es verbrannten u. a. auch 20 Pferde, 8 Schafe, 8 Schweine und eine große Anzahl Hühner. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark berechnet. Außerdem verbrannten etwa 900 Rentner angebrücktes Getreide.

Feuerkampf mit Einbrechern. Bei einem Feuerkampf zwischen Sicherheitspolizisten und Einbrechern am Stechplatz in Wroclaw wurden zwei Beamte und ein Einbrecher durch Revolverschüsse getötet.

Die Grippe in Oberschlesien. Wie die Schlesische Zeitung meldet, tritt die Grippe in Oberschlesien epidemientartig auf. In einzelnen Orten kann die große Zahl der Todesopfer nur unter erheblichen Schwierigkeiten beobachtet werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 4. Februar 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

■ Berlin. Gestern abend trafen auf dem Schlesischen Bahnhof etwa 200 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der in Scapa Flow interniert gewesenen Deutschen ein.

Heute sind im Reichswirtschaftsministerium neue Bekanntungen über die Ernährungsfrage anberaumt, zu denen auch der Deutsche Südbund und die großindustriellen Verbraucherverbände teilnehmen sollen.

Zu ihrer durch die beabsichtigte Verstärkung der Protraktion geschaffenen Lage nahmen gestern alle drei Bezeichnungen der Bäckerei und Brauereiarten Groß-Berlins Stellung. Gegen einen etwa geforderten Streik der Bäckerei und Brauerei sprach man sich ebenso stark aus, wie man energetisch für eine unabdingbare Sicherstellung der Existenz der Bäckergesellen eintrat.

Ein geplanter neuer Gesetzentwurf dient dem Zwecke, die Feste der Gültigkeit landesrechtlicher Vorchriften gegenüber dem Reichsrecht durch einen höchsten Richterurteil endgültig zu klären. Ein weiterer Entwurf will laut „Deutischer Allgemeiner Zeitung“ die bisher bei der Bekämpfung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen vorgezeichnete Angabe der Religion befehligen, er will weiterhin einige Formvorrichtungen des Hochzeitsstandesgesetzes bereichern, die für unbedeutliche Geborene hören enthielten, ohne daß diese Bestimmungen durch ein zwingendes Bedürfnis geboten sind.

Der Staatsanwalt.

Roman von Arthur Braunerweiter.

9. Fortsetzung.

Der Staatsanwalt hatte sich erhoben — das ernste warne Urtheil, das in diesem Augenblick auf einen bedenkenlosen Blick auf die junge Frau gerichtet, und aus den zudringenden Mundwinkel sprang wiederum jener bittende Zug hervor.

„Sie vergessen, gnädige Frau, daß die Aufzehrung und Trennung dieser Person für Ihr französisches Kind, die schweren Dienste, die Sie unermüdlich ihm tut — daß alles das allerdings Rechte verleiht und größere und heiligste als Gold und Silber zu es verboten — daß das Verhältnis, das zwischen diesem französischen und seiner Pflegelin bestanden, ein so eigenartiges und seltsames gewesen, daß man es freilich nicht einen Tag mit einem Stroh entweilen kann wie einen feinen zugelassen Papier — doch verzehren Sie, daß ich Ihnen, zweiflos genug, eine Rührung aufzuhängen wage, die Sie nicht teilen, vielleicht nicht einmal verstehen können — ich hätte es nicht gewagt, wenn ich an Ihren verschiedenen Fragen noch länger hätte schwärmen können. Sie werden mich umso lieber entschuldigen, mich rufe eine Verabredung an den Strand, die ich nicht länger aufzuhören vermöge.“

Er nahm keinen Hut, verneigte sich gegen die Gesellschaft und ging.

Die junge Frau starnte ihm sprachlos eine Weile nach — dann lächelte sie.

„Sonderbares Schwärmer! Über Sie steht ihm auf — sehr gut, diese Schwärmer! —“ lagte sie bald ironisch, bald in aufrichtiger Bewunderung, die nicht fehl von Kotterei war. Auf alle anderen hatte der Vorsatz einen peinlichen Eindruck gemacht. Nur ein großes, helles Augenpaar hatte zu dem Sprechenden emporgeschaut und folgte ihm jetzt, unbekürt um die beobachtenden Blicke, bis er hinter den Boden des großen Gartens verschwand.

5. Kapitel.

Der Staatsanwalt ist durch den Garten u. Nordpark hindurch an den Strand gegangen

Unter der Überschrift „Reform der Universität“ steht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit: Die Erziehung zum wirtschaftlichen Denken war das Hauptmotiv, das, vielfach widerstrebend, die Verhandlungen des diesjährigen preußischen Kultusrats durchzog. In einem Entschluß des Ministers der Wissenschaft, Kunst u. w. wird ausgesprochen, daß die Schaffung des volkswirtschaftlichen Nachwuchses stärker an die Ergebnisse der Praxis anknüpfen müsse. Eine lebhafte Benutzung des vom wirtschaftlichen Leben gebotenen Anschauungsmaterials und eine mehr persönliche Fühlungnahme mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit wird wesentlich der Erfüllung des Ziels der Ausbildung dienen. Der Minister erachtet die Fakultäten, ihm spätestens bis Anfang April geeignete Vorstöße vorzulegen.

Die Auslieferungsfrage.

■ Bern. Wie der Vorster Korrespondent der „Badische Nationalzeitung“ drückt, steht Frankreich mit seiner Herrschaft, dem ehemaligen Kaiser des Preises zu machen, nahezu allein. Auf der Botchafterkonferenz in Paris hat der italienische Botchafter nunmehr erklärt, es sei ihm nicht möglich, irgendwelche juristischen Gewänder gegen die sachsenischen Ausführungen aufzubringen. Der japanische Botchafter schloß sich diesen Ausführungen mit der Erklärung an, die erste Note an Holland sei ohne sein Wissen erfolgt und er verzichte auf eine Mitteilung bei der bevorstehenden zweiten Note. Der englische Botchafter schüttet das Ausbleiben der Institutionen aus England vor und der amerikanische Botchafter versteckt sich hinter der Nichterwähnung.

Die Auslieferungsliste überreicht.

■ Paris. Baut Savas-Meldung hat das Sekretariat der Friedenskonferenz dem Freiherrn von Berndt die Liste der Verdächtigen zugehen lassen.

Keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in England.

■ London. Der Kriegsminister zeigt an, daß nunmehr alle deutschen Kriegsgefangenen den englischen Boden verlassen haben.

Das Recht der Amnestie-Gewährung.

■ Mailand. Die Blätter melden, daß in der gesetzlichen Sitzung des Ministerrates ein Gelegetmurf eingefordert wurde, der das Recht, Amnestie zu gewähren, vom König auf das Parlament übertragen will.

Zeitungsschwerpunkte.

■ Königsberg. Durch Verordnung des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos ist die gestrigere Nummer der „Freiheit“ beschlagnahmt und das Blatt auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Gegen den verantwortlichen Redakteur wurde die Schufhaft verhängt.

Amerika und der Friedensvertrag.

■ Paris. Savas meldet aus Washington vom 2.: Die republikanischen Führer haben sich entschlossen, sich mit den Demokraten zu dem Zweck zu verständigen, den Friedensvertrag von Versailles in der kommenden Woche auf einer öffentlichen Sitzung zu diskutieren.

Gingefandt.

Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preisgeehrliche, nicht die ideale Verantwortung.)

Durch die Presse gehen augenblicklich Nachrichten über unerhörte Höhe und Lohnforderungen der Eisenbahner. Es wird von einem Regierungsteilnehmer an den Tarifverhandlungen der Eisenbahnerbeiter Kritik geübt, vielmehr wird versucht, die öffentliche Meinung gegen die Eisenbahner aufzupuffen, wodurch alles bloßer Tagewelche in den Schatten gestellt wird. Der großen Leidenschaft wird hier ein ganz besonderer Fall kontrastiert, der gemäß so lange wie der zur Verhandlung stehende Tarif-Selbstung haben wird, kaum einmal vorkommen dürfte. Außerdem werden die Zahlen einfach nach oben abgerundet, und dabei nicht erwähnt, daß die genannten Aufschläge nur bei Unfallarbeiten während der Nacht zum Sonntag in Frage kommen sollen. Der Zweck dieser Machenschaften tritt für alle objektiven Beobachter klar zu Tage, man will die Schufhaft an dem wirtschaftlichen Glanz in Deutschland mit dem alten Kaiserreich halten den Preis auf vollständig unschuldige Vollzugskreise abwölzen. Die Eisenbahner, die zur Zeit in Lohnverhandlungen stehen, sollen jetzt den Arbeitgeber machen. Ob sie jedoch falls den Einbruch, man will Karlsruhe haben und verzapft dazu solche Artikel, in dem man aus einem zur Verhandlung stehenden Tarifvertrag einfach das herabnimmt, was einem in den Kram geht. Es ist über leider unmöglich den Tarif vollständig wiederzugeben, ich halte es aber für notwendig, den Anfangs- und den Höchstlohn der Eisenbahner in Niedersachsen festzulegen, der sich dafür interessiert, zur Kenntnis zu bringen, und ich halte, daß dann die Nicht-Eisenbahner von Niedersachsen, die zum Teil auch nicht genug schaffen können, einsehen werden, was mit der Hölle gegen die Eisenbahner erreicht werden soll. Der Anfangslohn in dem zur Verhandlung stehenden Tarif beträgt 98 Mk. die Woche, der Höchstlohn 165 Mk. für erfahrene Handwerker über 25 Jahr. In Abzug kommen rund 4 Mk. die Woche für Sicherungsgelder. Ich überlasse es jedem Pefer selbst, daß er dazu zu füllen, ob der Lohn zu hoch oder zu niedrig ist.

■ Dunajec, brütende Schwie liegt in der Luft — große Wollen wölben sich langsam und schwerfällig am Himmel dahin. Bald lagern sie sich schwefelgelb auf die Hügel und Berge — bald sieht sie sich wie eine Raps auf Gaze aus die Spitze der beiden Vorgebirge, die an den Nordküste ins Wasser hineinragen.

Nur dort in verschwimmender Ferne schwankt ein Segelschiffchen wie eine Rauschkatze über die wogende Tiefe. Wer mag der Wachhüte sein, der sich in dem kleinen Raden bei dem Weiter untertraut hat?

Die Wollen haben sich verdichtet — wie ein Schleier dicht und dunkelgelb senken sie sich müde auf das rollende, raschende Wasser — Himmel und Meer scheinen eins — nur ab und zu taucht gelbgrünlich aus dem gelbgrauen Nebelgewirr der weiße Flügel einer Möve hervor, schwerfällig und verblossen dahintubernd.

Und dort — scheinbar noch weiter ab vom Strand, in Kluziari verschwommenen Umrissen wieder das einsame Segelboot, die weißen, wachsenden Wasserberge mühsam, hastig erklimmend, dann wieder hinabstürzend in den schwarzen, gähnenden Abgrund. Im Hintergrund aber dieses Bootes — nein, nein — er hat sich geträumt, muß sich geträumt haben — ein Spiel ist es gewesen seiner aufgeregt Phantasie ... weiter nichts!

Er kann jetzt auch gar nichts mehr sehen — der Wolkenhut hat sich verdichtet und zwar so unbeschreiblich fest, daß von den Hügeln und Bergen auch der letzte bläuliche Schimmer hinwegschwindet und die Küste und die ganze Landschaft umher in dem allgemeinen Durcheinander von Wollen und Nebel untergeht und alles nur noch eine Wolle bildet — aber nicht schwefelgelb mehr, sondern grau — grau —

„Mit einemmal — was ist das?“ Sein Fuß stößt an einen großen harten Gegenstand, über den er, den forschenden Blick nur auf die Erde gerichtet, beinahe gefallen wäre. Vor ihm steht der kleine Handwagen, in dem Anna Maria ihren französischen Pflegling zu jahre pflegte.

Deutsch oder nicht deutsch
die Sprache in Gefahr
G. Deutscher
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Sachsen-Anhalt Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schuhbund, Berlin NW 52

Geb. Hund zugelassen
Gut Nr. 23 in Niedersachsen.

Kindersohne
Schul. bis Hauptk. verl.
Geb. bis Wohnung abgegeben
Schmid, Schulstraße 8.

Schlafstelle
für 2 Herren gel. Angeb. unt.
G. II 4408 an das Tageblatt Niedersachsen.

Junger, anf. Herr sucht so
mögl. Zimmer

oder Schlafr. Öffnen mit
Tageszeitung unter K. II 4410
an das Tageblatt Niedersachsen.

Einige Herren können bürgerl.

Pittungsst. erhalten.

zu erst. im Tageblatt Niedersachsen.

angebote unter P. II 4406

an das Tageblatt Niedersachsen.

Herr, 25 J., sucht die Ve
kommunikation mit Tel. oder
Witwe (mit Kind nicht aus
geschlossen) zweck später

Heirat.

angebote unter C. II 4408
an das Tageblatt Niedersachsen.

Eine Magd

sucht Oelsitz Nr. 15.

Eine Frau

zum Reinigen der Büros.

zum Reinigen der Büros.

Elektrizitätsverband

Groß.

1. Frau

zum Täckeliden f. Maschine

sucht Hermann Kloster, Bogenberg 8. Niedersachsen.

Suche ab 15. Februar ob. spät.
f. m. Tochter, 15 J.

Stell. in fl. Büro. Haus.

(Stadt ob. Land). Selbiges ist
fl. arbeitsfreudig u. kinder.
zu erst. im Tageblatt Niedersachsen.

Wirtschafts-

Mädchen - Geh. such.

Auf ein 100 Acre großes

Gut zwischen Lommelich u.

Weizen wird ein leichtes,

ordentliches Wirtschafts-

mädchen gesucht. Familien-

anschluss wird gewünscht.

Angebote unter J. II 4408

sofort gesucht.

Landwirte.

Young Mann sucht auf

großem Gut Stellung

zur Ausbildung in der Land-

wirtschaft.

Werte Angeb. unt. J. II 4408

an das Tageblatt Niedersachsen.

Der Wagen ist leer — neben ihm steht, wie zu sei-

ner Bewohner, ein alter Schäfer.

Sollte er sich nicht geziert haben — sollte sie? —

„Herr — wem gehört der Wagen?“

„Dem jungen Herrn da drüben bei Jörns.“

„Er ist draußen.“

„Der Führer nicht.“

„Mit wem?“

„Mit dem Fräulein.“

„Allein?“

Vereinsnachrichten

Wirtschaftsverband deutscher, der, u. ehem. Berufsförderer (M. d. B.) Riesa. Freitag abends 8 Uhr Monatsversammlung im kleinen Saale Hotel "Stern". Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht. Riesaer Sport-Club 1910. Heute abend 8 Uhr Versammlung, Schützenhaus. Freitag, 8 Uhr Spielerzusammenkunft, Karpfen. Erscheinen aller nötig. Anträge zur Hauptversammlung am 15. 2. sind bis 8. 2. schriftlich beim Vorstand einzureichen.

Verein Erholung (Gesangsverein von 1878). Morgen Donnerstag, 5. Februar 1920, 8 Uhr, Gesellige Zusammenkunft im Café Möbius, 1. Stock.

M. d. B. Orybus. Heute Mittwoch pünktlich 8 Uhr abends Monatsversammlung im Vereinslokal. Anschl. Singstunde.

Schaf-Wolle R. Schmieden
Niederwiesa i. Ta.

Nachdem wir die sterbliche Hölle unserer im Herrn entblößten, unvergänglichen Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Henriette Stolle geb. Mann zur leichten Ruhe gegeben haben, drängt es uns, für die in so reidem Maße ihr bewiesene Liebe und für die in unserem Schmerze uns entgegengebrachte wohlwollende Teilnahme unsern innigen Dank hierdurch auszusprechen. Der lieben Dank sagen wir Herrn Pastor Müller für den durch Gottes Wort an heiliger Stätte uns geiendenden Trost, Herrn Lehrer Wenz für die erhebenden Trauergesänge, den lieben Freunden, Verwandten und Bekannten, welche die Entschlafene auf dem letzten Gang begleiteten und durch reiche Schmückung des Sarges sie noch im Tode ehren. Wie werden dieser Liebe und Teilnahme stets dankbar gedenken. — Der lieben Heimgegangenen rufen wir ein "Habe Dank" und "Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.
Mautz, am 4. Februar 1920.
Die tieftauernden Kinder.

Für die zahlreichen Beweise von Liebe und Wertschätzung, welche unserm Leben Heimgegangenen, Herrn

Richard Würgau
Schlossverwalter auf dem Altst. Canis
benischen wurden, sprechen hiermit im Namen
seiner Verwandten herzlichen Dank aus.
Familie Lorenz.

Canis, am 2. Februar 1920.

Am 29. Januar d. J. verstarb unser
Schlossverwalter

Herr Richard Würgau
in Canis im Alter von 75 Jahren.

Der Entschlafene hat seit seinem 17. Lebensjahr unseren Familien in unumstößlicher Treue gedient und sich damit unsere Dankbarkeit über das Grab hinaus gesichert.

Wir werden das Andenken dieses braven Mannes stets hoch in Ehren halten.

Die Starkesche Familienstiftung.
Gräfin Elise Schimmelmann, Seniorin.

Hierdurch die tieftaurige Nachricht, daß mein lieber, alter Mann, unser treuer Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gendarmerie-Oberwachtmeister

Friedrich Paul Horn

Inhaber verschiedener Orden u. Ehrenzeichen nach langen schweren Leiden heute morgen 6 Uhr sanft verschieden ist.

Um stilles Beileid bitten

Minna Horn
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Gröba, den 4. Februar 1920.

Die Überführung nach Löbau findet

Freitag früh statt.

Nach Gottes unerschöpflichem Ratsschluß verschied gestern nachmittag mein innig geliebter Mann, unser alter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Franz Voigt

nach kurz vollendetem 80. Lebensjahr.

Dies zeigt ihm ergründet an

die trauernde Gattin zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Gröba, Allee 20, den 4. Febr. 1920.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Brikett-Ausgabe

morgen Donnerstag vorm. 1-200, nachm. 201-400, Rückläufe auf Oktober und November. M. Wumlich.

Bertriebsgenossenschaft w. b. g.

der Ortsgruppe Niesa des Vereins
der Beamten der S. Staatsbahnen i. Plan.

Bilanz am 30. Septbr. 1919.

Altiva.	Passiva.
Warenbestände . 2903,42 M.	Geschäftsaufbau.
Einkaufungen	der Mitglieder 4500,50 M.
gegenstände . 139,10 .	Rücklagen 381,00 .
Wolfsbeschaffab. . 308,52 .	
Bankanlagen . 914,00 .	
Kassenbestand . 378,06 .	
Verlust 217,80 .	
	4861,50 M.
	4861,50 M.

Mitgliederbewegung:

Mitgliederzahl zu Beginn des Geschäftsjahrs 1918/19 340 mit 340 Anteilen. Neue Mitglieder sind im Geschäftsjahr eingetreten

2 2

Zusammen 342 mit 342 Anteilen.

Ausgang von Mitgliedern mit Abschluß des Geschäftsjahrs 10 10

Demnach an Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr 1919/20 übernommen 332 mit 332 Anteilen.

Die Geschäftsbuchungen der Mitglieder betrugen am Schlusse des Geschäftsjahrs 4500,50 M.

Die Haftsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahrs 16600 M.

Niesa, am 31. Januar 1920.

Der Vorstand.

Johannes Zimmermann, Robert Seipt.

Deutsche Volkspartei.

Donnerstag, den 5. 2. 20, abends 7 Uhr

öffentl. Versammlung.

Es sprechen:
Oberbürgermeister Dr. Most, Mitgl. der Nat.-Vers., über „Beamtenfragen“

Generalsekretär Dr. Röß über: „Die Deutsche Volkspartei und die politische Lage“.

Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Niesa.

Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr

Volkshaus, Goethestr. 102

Große öffentliche Bäcker- und Konditoreiversammlung.

Tagesordnung:
1. Unsere Lohnforderung in der Amtshauptmannschaft Großenhain. Referent: Kollege Friedrich, Dresden.
2. Wahl der Verhandlungskommission.

Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Kollegen von Niesa und Umgegend eingeladen.

Die Einberufer.

Sonnabend, den 7. Februar, nachm. 3 Uhr sollen im Gasthof Gröba folgende Nachfragegegenstände meistbietend versteigert werden: Kleidungsstücke für Frauen, Wäsche, Bettw., Schuhwerk, 2 Reisekörbe und verschiedene andere mehr.

Riesaer Damenhu-Lager

Goethestraße 12.

Morgen und folgende Tage wegen Umzug

Räumungs-Verkauf

sämtlicher noch am Lager befindlicher

= Winterhüte =

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Frühjahr- u. Sommerhüte werden

auf neueste Formen umgearbeitet.

Reiseclub "Alle Wonne" hält Donnerstag,

den 5. Februar, im

Gasthof „Stadt Niesa“, Poppitz ein feines Tanzfränzchen

ab. — Anfang 7 Uhr.

C. J. Georg Nocht, Langenberg

(Dok. Gottlieb Heinrich).

Veränderte Telefonnummer: 34,

worunter ich auch außerhalb der Geschäftszeit in meiner Wohnung zu erreichen bin.

Achtung! Die deutsche Industrie braucht Brot. Dies sind die Metalle

Blei, Kupfer, Messing, Aluminium, Zinn, Nickels.

Deber suchet daher auf Böden und in Keller noch nicht

bekleite liegenden Metallen. Dafür zahlt höchste Preise.

M. Weiß sen., Klempernerstr. Riesa a. E., Kapistr. 50

Kontor im Hof, neben dem Durchgang.

Bitte Hausnummer genau beachten!

Saure Gurken und Pfeffergurken

uns prima Ware!

eingetroffen und empfiehlt äußerst billig schw. jahresweise

H. Gruhle, Bismarckstr. 35a. Telefon 100 fach Sauerkraut.

D. S.

Schwarzhörige

„Acutus“

Der neue elektrische Hörrapparat soll dort vorgestellt werden. Interessenten geben ihre genaue Adresse sofort dem Hörrapparate-Vertrieb, Berlin W. 30

— Martin-Lutherstr. 83. —

Auktions-Anzeige.

Sonnabend, den 7. Februar, nachm. 3 Uhr sollen im Gasthof Gröba folgende Nachfragegegenstände meistbietend versteigert werden: Kleidungsstücke für Frauen, Wäsche, Bettw., Schuhwerk, 2 Reisekörbe und verschiedene andere mehr.

Kostüme zum Bauernball

verleiht noch

Wilhelmstraße 4.

Frisch eingetroffen eine Ladung

Salzheringe

Biund 2,25 Mf.

Tonne über 2 Tonnen

Steingewicht 410 Mf.

Räucherheringe

Lachsheringe

geräuch. Aal

Rauchfisch

empfiehlt

Georg Schneider

Ritter-Franz-Joseph-Str. 8a.

— Telefon 670 —

Heute wieder eingetroffen:

Pöklinge, geräuch. Seelachs,

Pfefferquiken

empfiehlt

Georg Schneider

Ritter-Franz-Joseph-Str. 8a.

— Telefon 670 —

Restaurant Schlachthof

zum Besuch bestens empfohlen.

Popper's Stahlspiel-Piano.

Freiwilliges Sanitäts-Solaturne

Freitag abend 8 Uhr

Übungssabend.

Der Solonennenträger.

Die deutsche Nr. umfaßt 8 Seiten

Nach Gottes unerschöpflichem Ratsschluß verschied Montag abend 1/2 Uhr nach langen, schweren Leiden mein innig geliebter, bergenguter Mann

Privatus Ernst Müller

im 62. Lebensjahr.

Riesa, den 4. Februar 1920.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt. — Besuchsbücher dankend abgelehnt.

Im liebsten Schmerje

Marie Müller.

Beilage zum „Kiesaer Tageblatt“.

Notizen und Verlag: Danner & Winterlich, Kiesa. Gedruckt: Gothaerstrasse 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Kiesa; für Eigentum: Wilhelm Dittrich, Kiesa.

Nr. 28.

Mittwoch, 4. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

Tarifabschluss im Ruhrgebiet.

mit. Essen, 8. Februar.

Unter Mitwirkung des nach Essen entstandenen besonderen Kommissars der Reichsregierung, Regierungsrat Dr. Bodenstein aus Berlin, und des Reichskommissars Seving aus München sind gestern nach der Tarifverhandlung im rheinisch-westfälischen Bergbau zu glücklichem Abschluß gekommen. Die Bergleute erhalten u. a. eine wesentliche Erhöhung der Löhne, Kinderzulagen und längeren Urlaub. Durch diese Besserstellung wird der Bergmann im besonderen Maße befähigt, auch unter schwierigen Erzabbausverhältnissen seinen mühseligen Beruf auszuüben.

Durch den Abschluß der Tarifverhandlungen wird dem heimischen Ruhrbergbau die dringend nötige ruhige Weiterentwicklung gewährleistet. Bei Abschluß der Verhandlungen hat sich der Betriebsrat bereit erklärt, freiwillig eine Summe von rund 12 Millionen Mark zur Verstärkung zu stellen, die nach näherer Vereinbarung mit den Gewerkschaften besondere Verwendung zur Erhöhung der Kinderzulagen für einen bestimmten Altersraum finden sollen.

Der Bergarbeitsaufstand im Westen.

In der vorgestrittenen Stadtvorsteherversammlung in Remscheid wurde ein Antrag des Unabhängigen auf Aufhebung des Bergarbeitsaufstands und Zurückziehung der Reichsbuchstaben mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Münchener Gewerkschaften kamen teils gegen, teils enthielten sie sich der Abstimmung.

Ein neues Zeitungsverbot.

Im Einvernehmen mit Reichskommissar Seving hat das Wehrkreiskommando Münster die Dortmunder Zeitung auf einige Tage verboten. Grund des Verbots ist ein Urteil vom 10. Jan.: „Schafft Ablös!“, der nach Annahme des Wehrkreiskommandos geeignet ist, Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen.

Freilassung eines Eisenbahnerführers.

Das Mitglied des Frankfurter Verkehrsausschusses, Michel, ist aus der Haft entlassen worden. Der Antrag der Freilassung, auch die sechs anderen Eisenbahnerführer freizulassen, wurde vom Unterstaatssekretär Graeve dem Minister des Innern Heine unterbreitet. Jedoch sowohl das Oberpräsidium in Kassel wie in Berlin habe, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, die Haftentlassung zurzeit abgelehnt und die Verhafteten auf den gesetzlichen Beschwerdeweg verwiesen. Einkellung des Verschens gegen Löppen.

Das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Führer der Frankfurter Unabhängigen, Löppen, ist vom Oberreichsgericht eingestellt worden.

Eine Wild- und Jagd-Ausnahmestandorte.

Eine Berliner Mittagszeitung bringt eine Meldung über die Wilderung des Ausnahmestandes im Reich. Es von der Reichsnachrichtenstelle und den in Vertrag kommenden militärischen Stellen das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sind Unterhandlungen über dichten Gegenstand bisher nicht geplündert worden.

Die Stilllegung der Flüsse ist fest.

Der „Vorwärts“ meldet aus Hamburg: Obwohl die Flussdampferbesatzungen erklärt haben, sich am Streik der Kapitäne und Steuermanns nicht beteiligen zu wollen, liegt im Hamburg-Altonaer Hafengebiete die gesamte Hochseefischereiflotte still, da die Organisation der Kapitäne und Steuermanns auch weiterhin im Streik verharrt.

Die Verhandlungen im Verfertigungsgewerbe.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und den Angestellten-Organisationen im Verfertigungsgewerbe wurden gestern nachmittag, mit dem „Berliner Tageblatt“ vom Arbeitsförderverband mitgeteilt, wiederholt. Es erfolgte eine Einigung, nach welcher der Reichsstatist mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1919 ab zu gelten hat. Bezuglich der insgesamt zu leistenden Nachzahlungen wurde eine Vereinbarung über garantierte Mindestsätze getroffen.

Gewabau: Streik in Nienburg v. B. beigelegt.

Der Eisenbahnerstreik in Nienburg ist nach zweijähriger Dauer beendet worden. Die Eisenbahner haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, da inzwischen Zusammensetzung von Kosten und Lebensmittel erfolgt sind. Die Streikende sollen nicht bezahlt werden, da nach Ansicht der Eisenbahn-Direktion die Arbeiter nicht aus Not in den Streik getreten sind.

Die Beratungen über die Auslieferungsnote.

tu. Paris, 4. Februar.

Die Botschafterkonferenz unter dem Voritz von Jules Cambon genehmigte gestern den Text der Note, die gestern nachmittag dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Freiherrn von Versner mit der Liste der Personen, deren Auslieferung verlangt wird, überreicht wurde. Die Konferenz beschloß sich alsdann mit dem Entwurf einer neuen Note, die an die Regierung der Niederlande inbetref der Auslieferung Kaiser Wilhelms gesandt werden soll. Es besteht vorerst nicht die Absicht, Zwangsmassnahmen, die bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Holland oder bis zur Seeblockade geben, anzuwenden. Trotzdem konnte die Botschafterkonferenz sich über den Text der Note nicht einigen, da die Botschafter den Wunsch gehabt haben, mit ihren Regierungen darüber in Verhandlungen einzutreten.

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu der Drohung an Holland u. a.: Eine Vergewaltigung Hollands wäre nicht weniger als eine Vernichtung der seit Friedensschluß mühsam errichteten Beständigkeit der Völker. Dies wäre ein neuer Kriegszustand, der gerade den Wirtschaftsfrieden und damit die Hoffnung auf den Wiederaufbau zerstört, die jetzt in allen Völkern, auch in der Entente, sich zu regen beginnen.

Das Kreditabkommen mit Holland.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „B. T.“ besprach der Reichsfinanzminister Erzberger das Kreditabkommen mit Holland. Von der Überzeugung ausgehend, daß Holland als Nachbarland für den Warenaustausch die größte Bedeutung und seinerseits ein objektives Interesse an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland habe, leitete der Minister im September v. J. Verhandlungen ein. Der Vertrag bindet Deutschland, für 80 Millionen Gulden Lebensmittel aus Holland zu bezahlen. Neben die anderen 140 Millionen könne es seinerseits jederzeit vertragen. Das Abkommen sei ein Vertragsnotum für die deutsche Arbeit. Das gäbe auch daraus hervor, daß

nur deutsche Schächte in Plan gegeben werden. Erzberger hoffte, daß mit anderen Staaten ähnliche Abkommen möglich sein würden. Die nordischen Staaten, Südamerika, Spanien und die Schweiz hätten bisher keinen ablehnenden Bescheid gegeben. Neben die Vereinigten Staaten könne vor Notifizierung des Friedensvertrages nichts gesagt werden. Der Minister hob hervor, daß das Vertragsabkommen nicht auf Großkapitalismus fundiert sei. Dem deutschen Arbeiter werde der Warenkredit in die Wohnung retten. Für den Kredit genüge er allerdings nur solange, wie er arbeite. Für das deutsche Volk gäbe es nur ein Geschenk, die Arbeitslosigkeit. Der Minister betonte seine Überzeugung, daß die arme Massa der Arbeiter volles Verständnis für den Wert und die Notwendigkeit der eigenen Arbeit hege.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

In der gestrigen Sitzung des Prozesses Erzberger-Helfferich wurde ein Telegramm des auständischen Gerichtsbarzes verlesen, wonach der Zeuge August Thünen so leidet ist, daß er die Reise nach Berlin nicht unternehmen kann. Es kamen hierauf die Fälle Tomkowitz und Augerec zur Sprache. Nach der Fall der Sachsen Serumwerke wurde angeklagt. Dr. Helfferich bemerkte dazu, Erzberger habe in der Zeit der Holzmühlen Justiznot den Sachsen Serumwerken Befreiungswillen lassen zur Herstellung eines Reichsbundesmittels, dabei habe er aber verwirkt, daß er finanziell an der Sache beteiligt sei. Prof. Justizrat Dr. Gordon gab eine Erklärung ab, daß Erzberger an den Serumwerken nicht mit einem Penny beteiligt gewesen sei. Im Jahre 1919 habe ihm der Vorsitzende einer örtlichen Betriebsorganisation für ein neues Reichsbundesmittel zu interessieren gehabt. Erzberger habe deinen Güte bei seinen eigenen Kindern festgestellt und in Gemeinschaft mit übrigen Betriebsmännern, dem Grafen Bräckow, Dr. Heim u. a., die Errichtung finanziert. Erzbergers Beteiligung betrug dabei keine 1000 Mark. Die damalige Bimopodin-Gesellschaft ging in den Serumwerken auf. Dabei sollten auf ihre früheren Teilhaber ganze 10 Pf. pro Glasche, von denen über 40000 Stück verfault werden würden, entfallen. Tatsächlich seien niemals 40000 Gläser verkauft worden. Der Vertreter der Sachsen Serumwerke befand als Sache, daß die Werke auf Vorstellung der Reichsjustizstelle ganz, Bentler zufolge, erhalten hätten. Prof. Dr. Justizrat erklärte als Gutachter des Bimopodin-Bräckow, er habe gleichzeitig mit diesem Auftrag ein Schreiben Erzbergers erhalten, der Bimopodin als ausgerichtetes Mittel bezeichnete und unter Hinweis auf eine Anlage dem darin präzisierten Bumicke zu entsprechen bat. Die Anlage bestand aus einem Schreiben der Serumwerke an Erzberger, worin sie dessen Einwirkung bei ihrer Bitte um Justiznot erbat. Von beiden Parteien wurde an den Gutachter eine ganze Reihe von Einzelfragen gerichtet, die der Vorsitzende tatsächlich mit dem Hinweise darauf abdrückt, daß nur Tathaben festgestellt werden sollten, derer Beurteilung allein Sache des Gerichts sei. Prof. Dr. Justizrat fragte den Zeugen Justenack, wie das auf sich unbedeutende Material des Bimopodin-Gesellschafts zur Kenntnis Helfferichs gekommen sei. Prof. Justenack erklärte, er habe bei der Behörde seiner Entstaltung über die Angelegenheit Ausdruck gegeben. Helfferich habe die Sache von mehreren Seiten ergraben. Allerdings habe er dann auf Fragen ausländischer Gegegenwart, was richtig und was falsch darin sei. Der Reichsgerichtsrat Dr. Helfferich Dr. Albers meinte, durch solche Fragen an einen Zeugen würden Leute, die sich veranlaßt fühlen könnten, ihm zur Auflösung des Sachverhalts Material auszutragen, eingeschüchtert werden. Nichtsdestotrotz erklärte die Frage nach der Tertunit des Materials damit, daß bewiesen werden sollte, daß Helfferich bei Veröffentlichung seiner Broschüre gegen Erzberger nur Material in Sachsen, Thüringen und Berlin-Liebenau besessen habe. Alles weitere sei ihm erst später aufgetragen worden. Helfferich protestierte nachdrücklich gegen die Bezugnahme seiner Erkundungen. Er habe die Großfirma des Feldzuges gegen Erzberger umfassendes Material gegen Erzberger besessen. Der Direktor der Sachsen Serumwerke bestätigte als Zeuge, daß nie eine Rückvergütung an die Bimopodin-Gesellschaft gezahlt worden sei. Die Sachsen Serumwerke hätten auch mit und ohne Mitwirkung Erzbergers niemals mehr an Zucker erhalten, als das ihnen zugehörige Montageamt. Erzberger sei für die Serumwerke in keiner Weise gefährlich tätig gewesen. Als die Tatiade zur Sprache kam, daß Erzberger seine beiden Anteile sowie über par. verkauft habe, erklärte der Zeuge Erzberger auf besondere Fragen des Vorsitzenden, daß Erzberger seinerseits keine Befreiungswillen hatte, die nicht durch die Sache begründet waren. Es seien ihm auch keine gewährt worden, um etwas zu erreichen oder weil etwas erreicht worden wäre. Wenn es tel nichts erreicht worden, sondern eben nur noch eine einheitliche vom Reich erhobene Einkommenssteuer. Diese wird natürlich dementsprechend höher sein als die Steuern der Einzelstaaten.

Das Reich will, wenn es die Einkommensbesteuerung in die Hand nimmt, ganze Arbeit machen. In dem vorliegenden Entwurf ist vor allem bemerkenswert die außerordentliche Erweiterung, die der Begriff des steuerpflichtigen Einkommens erfaßt soll. Während die Steuergelder der Einzelstaaten, s. B. das preußische, nur solche Einkünfte befreien, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren, gilt nach dem neuen Erzbergerischen Entwurf alles als Einkommen, was der Steuerpflichtige vereinbart, also auch zufällige und einmalige Einkünfte. Wenn z. B. jemand Stat spielt oder selbst ein unerlaubtes Glücksspiel, so muß er den etwaigen Gewinn in Zukunft dem Steuerfonds angeben und als Einkommen versteuern. Aber es darf kein jemand ein Industriepapier und verdient an ihm einige 100 Mark, so muß er den Verdienst nicht nur als Vermögen, sondern auch als Einkommen entsprechend versteuern. Ausgenommen ist nur der Verlust von Hausrat, Kleidungsstücken und sonstigem Eigentum von persönlichem Charakter. Wer ein Grundstück verkauft, welches er in den letzten zehn Jahren erworben hat, muß den Gewinn als Einkommen versteuern. Es wird freilich für den Steuerfonds oft eine schwere Auf-

gabe sein, solche gelegentlichen und einmaligen Gewinneinfüsse wirtschaftlich zu erfasst. Aber das Deutsche Reich braucht Geld und Erzberger will es schaffen, wo er es bekommt, häufig ohne jede Rücksicht darauf, daß er dabei die Henne schlachtet, die die goldenen Eier legt. Es ist nur zu befürchten, daß es dem Steuerfonds bei der Jagd nach den Belegungsgewinnen wie den Nürnbergern geht, die bekanntlich keinen hinken, ehe sie ihn frisst. Gerade das bewegliche Kapital, bei dem solche Konjunkturgewinne am häufigsten sind, entsteht sich auch am leichtesten den Schlingen des Steuerfonds, während das solide und fundierte Kapital in den Schlingen hängen bleibt und an der Erzbergerischen Steuerfonds zugrunde gehen wird.

Der ganze Steuerentwurf ist in der Tat nur nach dem einen Schwerpunkt aufgebaut, möglichst hohe Steuern auf der Bevölkerung heraufzuschlagen. Dementsprechend sind auch die Steuerläste außerordentlich hoch. Von dem steuerpflichtigen Einkommen sieht nämlich, wie ja aus der gestern in unserem Blatte veröffentlichten Tabelle zu ersehen war, schon für die ersten 10000 Mark zehn Prozent Einkommenssteuer zu zahlen. Für jede weitere tausend Mark Jahresbruttoeinkommen steigt der Steuersatz um ein Prozent. Erst vom sechstzehnten Tausend des Einkommens an, für das schon funfundzwanzig Prozent Steuer zu zahlen ist, verlangsamt sich die Steigerung des Steuersatzes. Gleichwohl steigt die Steuer allmählich bis zu sechzig Prozent des Einkommens empor. Man kann hier in der Tat schon von einem konfessionellen Charakter der Steuer sprechen. Wer in Zukunft ein steuerpflichtiges Einkommen von zwanzigtausend Mark hat – gehört unter den heutigen Verhältnissen gewiß noch zum Mittelstand – so 8800 Pf. jährlich Einkommenssteuer an. Bei dreihunderttausend Mark Einkommen verdoppelt die Steuer schon 6400 Pf. und so geht die Steigerung weiter.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß von jedem Einkommen eines Junggesellen einhunderttausend Mark, von jedem Verheirateten außerdem für jedes Familienmitglied weitere fünfhundert Mark neuwertig bleiben.

Die neue Einkommenssteuer wird schon am 1. April 1920 in Kraft treten.

Hamburg-Tolio.

Die vergleichsweise gute Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Japan hat schon einen Maßstab dafür, daß die Regierung des Ostasiatenreiches frei war von geistigen Empfindungen gegenüber dem Deutschtum. Nun ist der erste japanische Dampfer im Hamburger Hafen eingetroffen, der die Wiedereröffnung der regelmäßigen Verbindung zwischen Hamburg und Tokio einleiten soll. Befreierte waren zur Besichtigung dieses neu gebauten Schiffes geladen; und der Hamburger Vertreter der japanischen Reederei sprach bei dieser Gelegenheit die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen, die vor dem Kriege zwischen Japan und Deutschland bestanden haben, wieder angeknüpft werden mögen. Solchen Erwartungen steht in der Tat kein ernstes Hemmnis entgegen. Deutschland muß Wert darauf legen, nachdem ihm die eigenen Übersee-Befreiungen geraubt worden sind, vor allem in Italien wieder handelspolitischen Rückhalt zu gewinnen, und nicht minder wichtig wie der japanische ist hierfür der chinesische Markt. So schmerlich der Verlust der eigenen Handelsfirma auf jenseitige Zeit hin auch sein mag, die Wieder-Inbetriebsetzung der deutschen Ausfuhr leidet darunter nicht. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Japans steigender Verdienst in der Handelsfahrt von deutschen Häfen das „ostasiatische England“ zur Wiege der Handelsbeziehungen mit Deutschland anhalten wird, zumal dann, wenn die deutschen Waren unter Ausschaltung des englischen Zwischenhandels direkt den Weg nach Japan nehmen. Die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages hat damit nichts zu tun. Das wirtschaftliche „Gesicht“ Japans ist ein anderes, als das politische, und von unserem für Tokio neu ernannten Geschäftsträger Dr. Soll, dem langjährigen Kenner der pazifischen Interessenphäre, darf erwartet werden, daß er sich mit Geschick die Förderung der deutsch-japanischen Beziehungen angelegen sein läßt.

Sitzung der sächsischen Volksammer.

Wegen Erkrankung des Antragstellers Dr. Reinhold muhte der Antrag, Wahrabüren zur Hebung von Handel und Industrie betreffend, von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Abg. Poltern (Dem.) begründet einen Antrag Dr. Steinbold, betreffend:

Aufhebung der sächsischen Sonderfeiertage mit Ausnahme des Reformationsfestes. Jetzt ist der Achtstundentag allgemein eingeführt und in den meisten Tarifverträgen sind Ferien für die Arbeiter vorgesehen; besondere Ruhestage sind also nicht nötig, zumal wie die unbedingt notwendige Arbeit nicht mehr durch überzählige Feiertage beeinträchtigt werden darf. Wenn das Reformationsfest ausgenommen werden soll, so müssen wir den religiösen Kreisen entgegenkommen. Beim Wegfall des Bürtags und des Hohnejuhäs schaffen wir nur eine Gleichheit in Deutschland.

Abg. Dr. Metzhammer (D. W.) ist mit der Begründung des Antrages einverstanden und unterstützt ihn.

Abg. Dr. Stendtloff (D. R.): Nach der gegenwärtigen Lage ist Sachsen für die Aufhebung überhaupt nicht ausständig. Erst wenn das Reich den Gliedstaaten besondere Rechte nach dieser Richtung hin einräumt, können wir der Aufhebung näher treten. Bis dahin stimmen wir gegen den Antrag.

Abg. Illge (Soz.): Meine Fraktion stimmt für Aufhebung der Sonderfeiertage und für Verweisung des Antrages an den Gesetzesgebungsausschuß.

Bürgerl. Union (Unabh.): bedauert, daß man auf solchem Wege stehen bleibe. Warum ist man nicht konsequent und verlangt auch Aufhebung des Karfreitags und des Reformationsfestes?

Abg. Koch (Dem.) bemerkt, daß der Abg. Dr. Stendtloff den § 139 der Reichsverfassung unrichtig ausgelegt habe. In dem Recht der Einzelstaaten zur Aufhebung von Sonderfeiertagen ist nicht zu zweifeln.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag wird dem Gesetzesgebungsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung: Mittwoch, 4. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Erhöhung der Mehlpreise in Frankreich.

tu. Paris, 4. Februar.

In Frankreich tritt eine merkliche Erhöhung der Mehlp- und Brotpreise, in Italien eine solche der Tabakware ein. In Frankreich wird jetzt die Wiedereinführung der Brotpfanne geplant.

Zugeschichte.

Deutsches Reich.

Das Verhundes Erzbergers. Wie die „D. A. M.“ erläutert, beschäftigt Minister Erzberger, bereits morgen an einer Sitzung des Steuerausschusses der Nationalversammlung teilzunehmen. Das Volk meldet weiter, daß der Reichspräsident über den Minister gekommen befindet habe.

Die brennenden Fragen. Die neue interalliierte Konferenz, die am 10. Februar in London zusammentritt, wird sich vor allem mit der russischen Angelegenheit, der Hummerfrage und den Friedensbedingungen der Tücke beschäftigen.

Deutsche Einheitspost. Demnächst werden in Berlin Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheitspost beginnen.

Sie jetzt 65000 Mann aus Frankreich zurück. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Abwaffnung teilt mit, daß bis zum 31. Januar rund 65000 Mann, darunter 1000 Offiziere, aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückkehren.

Konferenz der neutralen Staaten. Die holländische Regierung lädt die neutralen Staaten für den 15. Februar nach dem Haag zu einer Konferenz über die Frage des im Völkerbundstatutes vorgesehenen internationalen Gerichtshofes ein.

Die drohende Hungersnot. Der frühere Unterstaatssekretär im Reichsvermögensamt v. Braun befürchtet im „Soperischen Kurier“ die drohende Hungersnot, welche das Grab von Millionen zu werden drohe und fordert schleunige Vorbereitungen zum Abschluß von direkten Lieferungsverträgen zwischen den Städten und den landwirtschaftlichen Genossenschaften als einzige Möglichkeit einer geordneten Lebensmittelverteilung im nächsten Jahre.

Die preußischen Minister in Köln. Weitern erfolgte der Empfang der preußischen Minister auf dem Kölner Rathaus. In der Begrüßungsansprache wies Oberbürgermeister Dr. Adenauer darauf hin, daß man im Rheinland fest an dem Gedanken an ein großes, neues, einiges deutsches Vaterland festhalte. Hierauf erwiderte Ministerpräsident Hirsch in längerer Rede etwa folgendes: Genau wie die Reichsregierung wird auch die preußische Staatsregierung weiterhin Einpruch erheben gegen die Maßnahmen, die mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sind. Nicht nachdrücklich genug kann die Staatsregierung warnen vor all den Versuchen, die Rheinlande los zu trennen aus ihrer staatlichen Zugehörigkeit in der Hoffnung, dadurch Feste zu erreichen, die letzten Endes doch nur durch Trennung vom Reich verwirklicht werden könnten. Die daraus erwachsenden Gefahren wollen wir gemeinsam mit Ihnen bannen. Es ist nicht richtig, daß das Bedürfnis nach sozialen Umformungen am Rheine begründeter wäre als irgendwo sonst.

Deutschlands Gesuch um Zulassung zum Völkerbund beworfen. Der „Dölln Express“ meldet, Deutschland habe beschlossen, bei der nächsten Sitzung des Völkerbundes in London seine Zulassung zum Bunde zu beantragen. Herr Mayer, der deutsche Bevollmächtigte, habe sich deshalb nach Berlin begeben.

Die Nationalversammlung wird, wie verlautet, am Dienstag, 24. Februar, ihre Beratungen wieder aufnehmen, um nach dem Wunsche des Reichsfinanzministers bis zum 10. März die noch unerledigten Finanz- und Steuergesetze zu verabschieden, die am 1. April d. J. in Kraft treten sollen. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen alle Steuergesetze erledigt sein, um die Neuordnung der Steuern am 1. April ohne erhebliche Störungen vornehmen zu können. Nach Erledigung der Steuergesetze wird die Nationalversammlung noch die neuen Wahlgesetze für Reichstag und Reichspräsident erledigen und Ende März eine längere Überperiode eintreten lassen. Der neue Statat für 1920 geht dem Haufe voraussichtlich Anfang März zu, so daß auch seine erste Lesung noch vor Ostern erfolgen kann.

Die Ausgaben für die Sparprämienanleihe. Die vom Reichsminister der Finanzen eingesetzte Kommission zur Prüfung der Ausgaben für die Sparprämienanleihe gibt bekannt: Die Nachprüfung der Aussagen, die sich auf etwa 8% Millionen Mark belaufen, erfordert ein außerordentliches Maß von Arbeit, das bisher noch angeleiteter Tätigkeit der Kommission noch nicht in vollem Umfange bewältigt werden konnte. Die Kommission kann aber schon heute erklären, daß ehrenwidrige Versicherungen der mit der Propaganda der Anleihe betrauten Beamten nicht vorgenommen sind. Unrichtig ist auch die Annahme, daß Sonderhonorare, die den Charakter von Belohnung tragen, für die Aufzettigung von Zeitungsartikeln usw. bewilligt worden sind. Dagegen hätte in einzelnen Fällen bei der Vergabe der Aufträge eine größere kaufmännische Überlegung und Vorsicht drobacht werden sollen.

Republik Oesterreich. Die Finanzlage. In Wiener Finanzkreisen bringt man den neuen Kurskurs der Devisen Wien mit der Weigerung Amerikas im Zusammenhang, Kredit für Oesterreich in nennenswerter Höhe zu bewilligen. Mit umso grössem Interesse sieht man deshalb den Verhandlungen entgegen, die der österreichische Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch in Paris jetzt führen wird.

Schweiz. Bekämpfung der Guthablen in der Schweiz. Der Ausschuss des schweizer Nationalrates zur Ausbringung der für die schweizer Landesverteidigung nötigen Mittel hat beschlossen, die Werte, die Ausländer bei schweizer Banken hinterlegt haben, zu besteuern. Die Banken werden verpflichtet, die Eigentümer der hinterlegten Werte, die heute nominell auf 20 Milliarden geschätzt werden, zu nennen.

Belgien. Weltkongress internationaler Vereinigungen. Vom 5. bis 20. September soll in Brüssel ein Weltkongress internationaler Vereinigungen stattfinden und zwar aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Internationalen Bibliographischen Instituts. Dieser Kongress soll die Bedingungen prüfen, unter denen die internationalen Vereinigungen mit dem Völkerbund zusammenarbeiten können.

Aufland. Englands Politik gegenüber Afrika. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Manchester Guardian“ erklärte Kerenski, die britische Politik gegenüber Afrika werde von imperialistischen und wirtschaftlichen Beweggründen geleitet. Die britische Regierung habe die Politik von Breit-Utopie fortgeführt. Der Kaukasus sei tatsächlich ein britisches Protektorat, Batum und Batum seien in den Händen der Engländer. Das Machtba von Asienschanze, dessen Afrika durch die Blockade bereut worden sei, habe Großbritannien sich angeeignet. England beherrschte die Straße nach Perlen und Turkestan. Kerenski sagte, die französische Regierung habe anscheinend keine Ahnung von internationalem Politik.

Afrika. Die Entdeckung von Diamantensälfeldern in Südwestafrika wird aus Johannesburg gemeldet. Eine wasserlose und baumlose Wüste liegt bei Taungs, ein Eingeborenenreservat im Beschneidenlande, ist dieses neue Wunderland, in dem ungeheure Schätze verborgen sein sollen. Nach Mitteilungen der Regierung soll das Gebiet um den 20. März für Diamantgräber freigegeben werden, und die sabelbesteckten Gelehrten von den Reichstümern der neuen Diamantensälfelder durchstreifen das ganze Land vom Kap bis zum Sambesi und sogar bis zum Kongo. Ein Gelehrter bat darüberhin die Wissenschaften ergehen. Trotz aller Warnungen gehen viele Männer ihre guten Stellungen in verschiedenen Teilen des Landes auf, um sie einen Anteil an

den Diamantensälfeldern zu sichern. Auch die Zahl der Frauen ist sehr groß, die nach dem Beschneidenland aufbrechen, um dort ihr Glück zu versuchen.

Amerika. Keine neue englische Kaliwerke. Der englische Geschäftsträger Bindley übertrug dem Staatssekretär eine Erklärung seiner Regierung, in der letzterlich schreibt wird, daß Großbritannien keineswegs die Absicht habe, eine neue Kaliwerke in den Vereinigten Staaten einzurichten, vielmehr wünsche, seine Verpflichtungen in diesem Lande zu vermindern.

Amerikanische Flottenrüstungen. Von der allgemeinen „Aberistung“, die angeblich an den Gehren Entzettelten des Weltkrieges gehoben sollte, ist während des Krieges unendlich viel gespart worden. Jetzt ist es über die vorher so ostentativ in sichere Aussicht gesetzte allgemeine Ausrüstung überall nicht nur recht gut geworden, sondern inzwischen ist allen Siegern an der Stelle dieser Ausrüstung gerade das Gegenteil, nämlich eine ganz erheblich vermehrte Rüstung zu Wasser und zu Lande getreten. Sofern man früher von einem Frieden in Wasser, so gilt eine solche Kennzeichnung deutet mehr denn je, abgesehen natürlich von dem derart

wohllos gemachten Deutschland, daß es nie nicht einmal mehr in genügendem Maße der inneren Feinde zu erwehren vermag. Herrschaft und Angst haben sich zu einer wunderlichen Verbindung die Hände gereicht, um den Siegern von neuem Rüstungssäcken aufzuerlegen, die von den völlig aufgepumpten Völkern auf die Dauer überhaupt nicht mehr getragen werden können. In Europa kommen da in erster Linie natürlich Frankreich und England in Betracht. Erst vor ein paar Tagen lief durch die Presse die Nachricht, daß der Bündnisvertrag zwischen England und Japan erneut werden sollte. jedenfalls hat die immer bedrohlicher sich aufspielende Lage die Vereinigten Staaten veranlaßt, ihrer Rüstung zur See erneut die eingehendste Aufmerksamkeit zu gewidmen. So wird aus Washington berichtet: Admiral Taylor, der Chef der Abteilung für Schiffsbauten im amerikanischen Marineministerium teilt der Marinakommission des Repräsentantenhauses mit, daß die amerikanischen Seestreitkräfte am 1. Juli 1920 940 Einheiten umfassen würden, doppelt soviel wie vor dem Kriege, darunter 18 Dreadnoughts, 18 Neberdreadnoughts, 8 Schlachtkreuzer und 17 leichte Kreuzer; die Ausgaben werden auf knapp 78 Millionen Dollars veranschlagt.

Violine

Fault Schultestraße 5, 2.
1 gebraucht, noch guterh.

Gitarre
wird zu kaufen gefragt
Gröba, Chl. 7.

Altblei und Messing
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Miescher Waggonfabrik Zeidler & Co.

Stroh u. Holzwolle
zu verkaufen
A. Kuntzsch, Hauptstr. 60.

Ca. 6 Blund ungeschl. Federn
zu verkaufen. Aufrufen
im Tageblatt Nielsa.

Karbid
eingetroffen.
A. B. Hennicke.

Frauen

welche mit ihrer Verlobte im Stücktande sind,
kaufen keine
sprechlos, minderwertigen
Menstruationsmittel.

Sie erhalten von mir in jedem
Falle Rat u. Hilfe. Auskunft
 kostenlos. Rückporto erbeten.
O. Fickert, Leipzig,
Abt. 7, Matthäiarchhof 18.

Bettläden

Befreiung garantiert sofort.
Alter und Geschlecht angeben.
Auskunft gratis. Verbands-
haus Wohlfahrt, München
648. Hiltensbergerstr. 6.

Frauen

verlangen bei Störung der
Periode sofort kostenlos
Auskunft. Frau Hennicke,
äst. gepr. Masseuse, Covic
(Elbe), Graupauer Straße.

Frauenhaar

Rohhaar, Schwert u. Mähne
kaufen Arno Schreiber
Goethestr. 23, neb. Schule.

Kauf jed. Quantum

Schafwolle a. höhst. Preisen
auf
Wunsch
tausche
Abholung erfolgt, Karte ge-
gibt. Perschmann, Dresden,
Platzlindenstr. 68.

Noch vor der Steuer
sichern Sie sich Ihren Bedarf an
Zigaretten!

Ab offizielle Zigaretten zur Probe:
100 St. rein Tab. hell o. M. 20 M.
100 " " " o. M. 24 M.
100 " " " m. G. 25 M.
100 " " " m. G. 28 M.
100 " " " m. G. 32 M.
Gesammt 110 M.
Porto u. Verp. extra. Bei großer
Bestellung Preisnachlaß. Ver-
langt. Sie unbedingt Preisliste,
Lobakuren - Großhandlung
O. Carl Weber, Dresden-M.
Gegr. 1912. Blumenstr. 58 E.
Zigarettenlohnend.
Vertreter gefordert.

Kauf Sie Ihre

Fahrradbereifungen

nur bei einem Fachmann.
Vorläufige Beziehungen zur
Gummindustrie gewährleistet.
jetzt einen erträglichen Reifen

Dacke | jede norm. M. 25.—
Schlauch | Größe | M. 22.—

E. P. Auerbach
Dankeser, Möllstr. 1.

Für die uns am Tage unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken
allen unseren

aufrechtstellten Tanz.
Gröba, Februar 1920.

Franz Kreis und Frau.

2 zuverlässige, ältere
Kraftwagenführer

für Kraftwagen (Benz. 3 Z.) in Dauerstellung für
sol. gesucht. Gutempfohlene
Bewerber wollen sich mit
Benzinflaschen melden beim

Elektrizitätsverband Gröba
(Gemeindeverband).

Mehrere billige

Tausch-
pferde

lieben preiswert zum Verkauf.
Albert Mehlhorn,
Färberhandlung, Gröba.

1 Zucht-
bulle, 
gekört, 3. 8. Fr., verkauft
Diele, Überlommash.

Ein Zugochse
zu verkaufen
Fechtw. Nr. 5 b. Strehla.

Eine tragende Ziege
(Erftling) zu verkaufen
Fuchs Nr. 5.

Deutsche Nielsen-Höfe
mit 3 Junghänen zu ver-
kaufen Nördervau, Bahnhof 38.

6 teilige Kaninchentstall
zu verkaufen
Bismarckstr. 26, 2.

Gebr. guterhalt.

Sportliegewagen
ev. m. Plast. zu kaufen gefragt.
Au erft. im Tagebl. Nielsa.

Gebr. Kinderwagen
zu kaufen gesucht
Fuchs Nr. 5.

Guterh. Kinderwagen
zu kaufen gesucht. Off. unt.
H. 4408 an das Tab. Nielsa.

Gebrauchtes Domencod
ohne Vereinfachung zu kaufen, ges.
Glas. Bismarckstr. 22.

Gr. guterh. Bodenwanne

zu kaufen gesucht
Gröba, Döbener Str. 25, 2.

Jch zahle
für

Schreibmaschinen
mit Sichtschrift

2200 Mk.

und mehr.

A. Rückwald
Dresden-N. 6
König-Albertstr. 23.

Schreibmaschine,
auch defekt, zu kaufen gesucht.
Offerten m. Preis u. Wunschnam.
nach Dresden-N. 6., Kaul-
bachstraße 31, 2. L.

Ein Paar fast neue

Damenhandschuhe,
Größe 38, nach Maß gearb.,
preiswert zu verkaufen
Neuwieds. Hauptstr. 12, 1.

Zu verkaufen

1 brauner Anzug,

1 guterh. Stoff,

1 Paar Schuh-Schuhschuhe, 48,

2 Tis-Chalen, neu.

zu erft. im Tagebl. Nielsa.

1 Paar schm. Halbschuhe,

neu, Nr. 39, l. M. 120.— a. vert.

zu erft. im Tagebl. Nielsa.

Gebr. Planins ob. Gürtel a.

taut. gel. Off. mit Ans. v. Preis

u. Fabrikant a. Wöbbins, Leipzig.

Geschäft Müller, Mühlritz.

Achtung!

Aur Donnerstag, den 5. Februar 1920
kaufe ich zu erschreckend hohen Preisen

Zahngesisse

einzelne Zahne, Platin, Brennstoffe von
Brandmalerei, Ziegel, Kontaktie
auch zerbrochen.

Es versäume niemand diese Gelegenheit.

Der Ankauf findet statt im

Hotel Wettiner Hof, Zimmer Nr. 3
in der Zeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Wir kaufen alle

Elektromotore auch defekte</p